

COP26: Zivilgesellschaftliche Organisationen fordern stärkere Unterstützung des Globalen Südens

Positionspapier veröffentlicht: Industrialisierte Länder müssen mehr Verantwortung übernehmen, die Länder des Südens bei der Anpassung an den Klimawandel stärker unterstützen und für entstandene Schäden und Verluste aufkommen.

Köln/Berlin, 29.10.2021 – Im November des vergangenen Jahres fegten die Hurrikane Eta und Iota der Kategorien 4 und 5 über die Länder Zentralamerikas hinweg und verursachten massive Verluste und Schäden. 5,2 Millionen Menschen waren direkt oder indirekt von den extremen Stürmen und Regenfällen betroffen, über 400.000 Menschen verloren ihr Zuhause und suchten Schutz in Notunterkünften. Allein die Schäden durch Eta wurden auf 5 Milliarden Euro beziffert. Von den verheerenden Auswirkungen haben sich die betroffenen Gemeinden zum Teil bis heute nicht erholt. Im Gegenteil: ihre Verwundbarkeit gegenüber weiteren Extremwetterereignissen hat sich erhöht. Das zeigt, dass die bisherigen Bemühungen der internationalen Staatengemeinschaft nicht ausreichen, um die besonders vulnerablen Gemeinden und Menschen vor dem Klimawandel zu schützen und ihre Menschenrechte zu wahren.

Ein breites Bündnis zivilgesellschaftlicher Organisationen fordert deshalb von den Vertreter*innen der Bundesregierung, dass sie sich bei der Weltklimakonferenz (COP26) vom 31.10. – 12.11. für eine stärkere Unterstützung der von der Klimaerhitzung betroffenen Länder einsetzen. Dem Bündnis gehören über 30 Nichtregierungsorganisationen, kirchliche Hilfswerke, Stiftungen, Vereine, Initiativen und Einzelpersonen an, die sich zum Runden Tisch Zentralamerika zusammengeschlossen haben, darunter der Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland (ASB) und die Christliche Initiative Romero e.V. (CIR).

„Die Länder des Nordens sind hauptverantwortlich für die Klimaerhitzung. Sie müssen endlich Verantwortung übernehmen und sich auf der Weltklimakonferenz dazu verpflichten, dass die zukünftige Klimafinanzierung auch Mittel für den Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten beinhaltet, die den betroffenen Ländern und Gemeinden schnell und unkompliziert zur Verfügung gestellt werden“, fordert Thorsten Moll von der Christlichen Initiative Romero.

Um den negativen Auswirkungen des Klimawandels entgegenzuwirken, ist es zudem wichtig, dass die Länder des Südens bei ihren Bemühungen unterstützt werden, sich an den Klimawandel anzupassen. „Im Rahmen der Katastrophenvorsorge sind Anpassungsmaßnahmen an den Klimawandel auf lokaler Ebene essentiell, damit insbesondere vulnerable Gruppen in den Ländern des Südens sich und ihre Lebensgrundlagen vor Extremwetterereignissen besser schützen können. Deswegen ist es wichtig, dass Deutschland und die EU ihre Versprechen einhalten und mehr Gelder für Anpassungsmaßnahmen zur Verfügung stellen“, sagt Edith Wallmeier, Geschäftsführerin Einsatzdienste des Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland.

Das Paris-Abkommen wurde einst als Meilenstein für den Klimaschutz gefeiert. Mittlerweile geraten dessen Ziele aber immer stärker in Gefahr. Inwiefern ein nachhaltiger positiver Effekt von dem Abkommen ausgeht, hängt auch von den anstehenden Verhandlungen ab. Deutschlands Rolle als wirtschaftlich starkes und eines der einflussreichsten Länder in der EU ist dabei nicht zu unterschätzen. Umso wichtiger ist es, dass die Bundesregierung mehr Verantwortung übernimmt. Seine Forderungen an die Vertreter*innen der deutschen Bundesregierung bei der UN-Klimakonferenz hat das Bündnis im Positionspapier „Internationale Klimapolitik gerecht gestalten“ zusammengefasst. Das Positionspapier wird von den folgenden 13 Mitgliedsorganisationen des

Runden Tisch Zentralamerika getragen: Adveniat, Arbeiter-Samariter-Bund, Arbeiterwohlfahrt International, CAREA, Christliche Initiative Romero, Die Sternsinger, FIAN, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika, Honduras Delegation, INKOTA, Informationsbüro Nicaragua, MISEREOR und Weltgebetstag der Frauen.

Die Publikation und das Positionspapier finden Sie hier: <https://www.rt-za.de/publikationen/>

Kontakt:

Lya Cuellar, Koordinatorin Runder Tisch Zentralamerika,

T: 030-69818935, koordination@rt-za.de

Oliver Huber, Referent für Zentralamerika und Karibik, ASB-Auslandshilfe

T: 0221 47605-252; o.huber@asb.de

Thorsten Moll, Referent für Klimagerechtigkeit Christliche Initiative Romero

T: 0251 67441322, moll@ci-romero.de